

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Datenschutz

EU und USA einigen sich auf sicheren Datentransfer

>> 3

### Ukraine

Ursula von der Leyen begrüßt Sicherheitszusagen

>> 5

### Kulturzug

Regionen vernetzen sich

>> 6

*Die EU-Nachrichten verabschieden sich in die Sommerpause. Die nächste Ausgabe erscheint am 14. September 2023.*

## AGENDA

### Von der Leyen setzt auf Spaniens Ratsvorsitz

Spanien hat zum 1. Juli für die kommenden sechs Monate den Vorsitz unter den Mitgliedstaaten der EU übernommen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte bei einem Besuch des Kommissarskollegiums in Madrid: „Ich bin froh, dass ich auf das spanische Engagement, die spanische Führungsrolle und den tief verankerten europäischen Geist Spaniens zählen kann.“ Zu den Schwerpunkten des spanischen Ratsvorsitzes zählt neben der Unterstützung der Ukraine, den Verhandlungen über das Asyl- und *Migrationenpaket* und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft mit Initiativen wie dem *Netto-Null-Industrie-Gesetz* auch die Anpassung des *mehrfährigen Finanzrahmens (MFR)*.

[Ratsvorsitz](#)



Die Initiative der EU zielt auf die Züchtung von Pflanzen für Nahrungs- und Futtermittel, die den Folgen der Erderwärmung besser widerstehen, wie etwa dürreresistenter Mais.

© Shutterstock

## EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

### EU baut auf neue Verfahren in der Pflanzenzucht

Im Rahmen des europäischen Grünen Deals hat die EU-Kommission ein Gesetzespaket zum nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen vorgelegt. Die Initiative baut auf eine Verbesserung der Bodengesundheit sowie neue genomische Verfahren in der Pflanzenzucht, etwa zum Anbau von dürreresistentem Mais oder Weizen. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und verantwortlich für den europäischen Grünen Deal, sagte: „Indem wir die sichere Verwendung von neuen genomischen Verfahren ermöglichen, erhalten Landwirte Zugang zu resilienteren Pflanzen, die weniger Pestizide brauchen.“

Mit dem Klimagesetz „Fit for 55“ hat sich die EU bereits das Ziel gesetzt, den Ausstoß an Kohlendioxid bis 2030 um mindestens 55 Prozent zu senken. Das neue Paket zielt auf den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und den Schutz der Natur. Timmermans sprach von einer „Naturkomponente des Grünen Deals“.

Unter anderem sieht die Initiative vor:



**Neue Pflanzenzüchtungsmethoden:** Neue genomische Techniken (NGT) heißen schonende Verfahren zur Pflanzenzucht. Diese ähneln natürlichen Kreuzungen durch Zufallsmutatio-

nen oder konventionellen Züchtungen, weil keine Fremdgene – die Forschung spricht von Transgenen – in die Keimbahn der Pflanze eingeschleust werden. Mit Hilfe einer Genschere, im Fachjargon CRISPR-Cas9 genannt, können vielmehr einzelne Gene im natürlichen Erbgut von Pflanzen wie Mais, Weizen oder Raps ausgeschnitten- oder eingefügt werden. Für die Entwicklung der Grundlagen dieses Verfahrens erhielten die in Berlin arbeitende Forscherin Emmanuelle Charpentier und ihre US-Kollegin Jennifer Doudna 2020 den Chemie-Nobelpreis. Mit der neuen Methode bieten sich neue Chancen für die Landwirtschaft.

>>

“  
Wir führen gründliche  
Verfahren ein, um hohe  
Schutzstandards für Ge-  
sundheit und die Umwelt  
aufrechtzuerhalten.  
”

Frans Timmermans, Exekutiv-Vize-  
präsident der EU-Kommission

>>

So können Pflanzen für Nahrungs- und Futtermittel gezüchtet werden, die den Folgen der Erderwärmung besser widerstehen, wie dürreresistenter Mais oder eine widerstandsfähigere Kartoffelsorte, die auf dem Feld den Einsatz von Fungiziden um bis zu 80 Prozent verringert. Der Vorstoß der EU-Kommission zielt darauf ab, Europas Höfen den Anbau von Pflanzen, deren Erbgut mit neuen genomischen Techniken editiert wurde, zu erleichtern. Pflanzen, die auch in der Natur so hätten entstehen können und die mit konventionellen Pflanzen vergleichbar sind, sollen auch wie diese behandelt werden. Ihr Saatgut muss aber weiterhin klar gekennzeichnet sein. Pflanzen, die stärker modifiziert wurden, sollten weiter den geltenden Regeln für gentechnisch veränderte Organismen unterliegen, schlägt die Kommission vor, zum Beispiel bei Zulassung und Kennzeichnung. Beide Arten von Pflanzen bleiben im Biolandbau verboten.

▶ **Mehr Bodenschutz:** Zwei Drittel der Böden in Europa sind in einem schlechten Zustand. Die EU-Kommission hatte deshalb bereits vor drei Jahren in ihrem Agrarprogramm „Vom Hof auf den Tisch“ vorgeschlagen, den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln bis 2030 zu halbieren. In ihrer neuen Initiative zur Bodengesundheit schlägt die EU-Kommission unter anderem ein

Monitoring-System vor, um die Qualität der Böden zu erfassen. Das Ziel: saubere Böden bis zum Jahr 2050. Timmermans erläuterte den Nutzen für Landwirtschaft, Menschen und Klima: „Gesunde Böden absorbieren mehr Kohlendioxid, speichern mehr Wasser und schützen besser vor Dürren.“

▶ **Weniger Lebensmittel im Müll:** In der EU landen pro Jahr rund 58,5 Millionen Tonnen Lebensmittel in der Tonne, macht rund 134 Kilogramm Essensabfälle pro Kopf. Das führt zu unnötiger Agrarproduktion und belastet Umwelt und Klima. Deshalb schlägt die EU-Kommission vor, die Verschwendung von Nahrungsmitteln bis 2030 in der Lebensmittelindustrie um 10 Prozent zu verringern, in Restaurants, Einzelhandel und Privathaushalten soll der Lebensmittelabfall im gleichen Zeitraum um 30 Prozent pro Kopf sinken.

### STRATEGIE „VOM HOF AUF DEN TISCH“

Im Rahmen des europäischen Grünen Deals hatte die EU-Kommission vor drei Jahren die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vorgelegt. Das Ziel: eine nachhaltige Landwirtschaft, die zum Klimaschutz beiträgt. So soll der Anteil der ökologischen Anbaufläche bis 2030 auf 25 Prozent wachsen.

Nach Angaben der europäischen Statistikbehörde Eurostat liegt der Anteil der biologisch bewirtschafteten Flächen in Deutschland mit 10,1 Prozent knapp über dem EU-Durchschnitt von 9,9 Prozent. Timmermans betonte dazu grundsätzlich im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments: „Unsere Strategie ‚Vom Hof auf den Tisch‘ zielt nicht darauf ab, die Landwirtschaft zu bestrafen, sie ist ein Versuch, sie zu retten – gerade mit Blick auf die verheerenden Auswirkungen des intensiven Agrarbetriebs auf die Biodiversität.“ (pr)

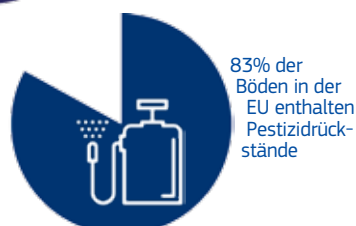
Nachhaltigkeit

## EU-Kommission begrüßt Votum zum Naturschutzgesetz

Die EU-Kommission hat die Zustimmung des Europäischen Parlaments zum Gesetz über die Wiederherstellung der Natur begrüßt. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius sprach von „einem guten Tag für Europa“.

Der Gesetzesvorschlag im Rahmen des europäischen Grünen Deals sieht unter anderem vor, dass bis 2030 für mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresgebiete der EU Wiederherstellungsmaßnahmen durchgeführt werden. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, betonte, die Umsetzung der Regelung sei „unerlässlich, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, nämlich die Emissionen bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren“.

### Bodengesundheit wirkt sich direkt auf die Ernährungssicherheit in der EU aus



Quelle: EU-Kommission; Bilder: Shutterstock

## ■ TRANSFER

# EU und USA einigen sich auf Datenschutzstandards

EU-Kommission und USA haben sich auf ein Abkommen geeinigt, das einen angemessenen Umgang mit personenbezogenen Daten sicherstellt, die aus der EU an US-Unternehmen übermittelt werden.

So ist vorgesehen, den Zugang von US-Behörden zu Daten aus der EU auf ein notwendiges und verhältnismäßiges Maß zu beschränken. Unter anderem wird ein Gericht zur Datenschutzüberprüfung geschaffen – der Data Protection Review Court (DPRC) –, zu dem Einzelpersonen aus Europa Zugang haben. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Der neue Datenschutzrahmen EU-USA wird einen sicheren Datenverkehr für die Europäerinnen und Europäer gewährleisten und den Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantik Rechtssicherheit bieten.“ Sie fügte hinzu:

„Der Rahmen zeigt, dass wir durch Zusammenarbeit die komplexesten Fragen angehen können.“ Der Europäische Gerichtshof hatte eine Neuregelung des Datenaustauschs gefordert.

[Datenaustausch](#)



© Shutterstock

## ■ TRANSPORT

# EU-Kommission legt grünes Verkehrspaket vor

Die EU-Kommission hat ein Paket vorgelegt, um den Verkehr klimafreundlicher zu machen. Der Vorschlag sieht zum einen eine effizientere Nutzung des bestehenden Schienennetzes vor. Das soll mehr Güterverkehr auf der Schiene ermöglichen und auch Vorteile im Personenverkehr schaffen, etwa für Nachtzüge. Auch der Gütertransport auf der Straße soll grüner werden. Für emissionsfreie Lastwagen wie E-Lkw, oft mit schweren Batterien bepackt, wird die zulässige Last auf 44 Tonnen erhöht, für den kombinierten Verkehr gilt ein maximales Gewicht von 48 Tonnen. Zudem werden die Regelungen für Lang-Lkw

mit 60 Tonnen Gewicht im grenzüberschreitenden Verkehr angepasst. So lassen sich bis 2030 rund 91 Millionen Fahrten einsparen, das spart Sprit und schont das Klima. Zudem schlägt die EU-Kommission eine einheitliche Methode vor, um den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Fahrten und Flügen zu ermitteln. Der Güterverkehr verursacht mehr als 30 Prozent der verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen in der EU. Diese sollen im Rahmen des europäischen Grünen Deal bis 2050 um 90 Prozent sinken.

[Grüner Transport](#)

## ■ INDOPAZIFIK

# EU und Neuseeland besiegeln Freihandelsabkommen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der neuseeländische Regierungschef Chris Hipkins haben ein Freihandelsabkommen zwischen beiden Partnern vereinbart. Die jährlichen Zollvorteile für Firmen in der EU belaufen sich auf rund 140 Millionen Euro, durch den Wegfall der Zollschränken dürfte der Handel zwischen der EU und Neuseeland innerhalb eines Jahrzehnts um 30 Prozent wachsen. Von der Leyen erklärte: „Dieses moderne Freihandelsabkommen bietet Unternehmen, Landwirtschaftsbetrieben und Verbraucherinnen und Verbrauchern auf beiden Seiten große Chancen. Mit sozialen und

klimapolitischen Verpflichtungen, wie wir sie bisher noch nie hatten, stimuliert es gerechtes und grünes Wachstum und stärkt zugleich die wirtschaftliche Sicherheit Europas.“ Derzeit beträgt das jährliche Handelsvolumen zwischen der EU und Neuseeland für Güter rund 7,8 Milliarden Euro und für Dienstleistungen 3,7 Milliarden Euro. Beide Seiten bauen auch auf eine engere Forschungskooperation. So beteiligt sich Neuseeland am EU-Forschungsprogramm „Horizont Europa“.

[Handel](#)

## ■ RANKING

# Sieben deutsche Regionen unter Europas Innovationsführern

Sieben Regionen in Deutschland zählen zu den Top 25 der Innovationsführer in Europa. Das geht aus dem Innovationsanzeiger 2023 der EU-Kommission hervor: Demnach gehören Oberbayern (europaweit Rang 3), Berlin (Rang 5), Karlsruhe (Rang 7), Hamburg (13), Köln (19), Tübingen (21) und Mittelfranken (24) zu den innovationsstärksten [Regionen](#) in Europa. Die innovativsten Regionen insgesamt sind Hovedstaden in Dänemark (1) und Helsinki in Finnland (2). Der [Europäische Innovationsanzeiger](#) zeigt seit 2001 in einer vergleichenden Analyse die Innovationsleistung europäischer Länder. Demnach legte die Inno-

vationskraft der EU seit 2016 um rund 8,5 Prozent zu. Deutschland liegt mit einer Leistung von 117,8 Prozent über dem EU-Durchschnitt und gehört zusammen mit Österreich, Luxemburg, Irland, Zypern und Frankreich zu den starken Innovatoren in Europa. Zu Deutschlands Stärken zählt der Bericht die hohe Quote an Promotionen und die hohe Zahl Beschäftigter in innovativen Firmen, zu den Schwächen werden die geringen öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gezählt.

[Innovationsanzeiger 2023](#)

## Jourová sieht positive Entwicklungen bei der Rechtsstaatlichkeit in Europa

Die EU-Kommission sieht positive Tendenzen in der rechtsstaatlichen Entwicklung der Mitgliedstaaten. Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Werte und Transparenz, sagte bei der Vorlage des jährlichen *Rechtsstaats-reports*: „Der diesjährige Bericht zeigt, dass die Mitgliedstaaten die Rechtsstaatlichkeit verbessert und gestärkt und zugleich die Empfehlungen der Kommission umgesetzt haben.“ Sie fügte hinzu: „Bedauerlicherweise bestehen in mehreren Mitgliedstaaten nach wie vor Bedenken.“



“  
Es bestehen nach wie vor Herausforderungen, etwa in Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz.  
”  
Didier Reynders, EU-Justizkommissar

Wie Kommissions-Vizepräsidentin Věra Jourová hervorhob, wurden 65 Prozent der Vorschläge zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit von den Mitgliedstaaten umgesetzt.

© European Union 2023

### 65 PROZENT DER EMPFEHLUNGEN UMGESETZT

Die EU-Kommission beleuchtet seit 2020 die rechtsstaatliche Lage in den Mitgliedstaaten. Erstmals wurde in diesem Jahr ermittelt, inwiefern die EU-Länder die Vorschläge der Kommission umsetzen. Das Ergebnis: 65 Prozent der Vorschläge seien verwirklicht, erklärte Jourová.

Bei ihrer Bewertung untersucht die EU-Kommission jeweils vier Bereiche:

▶ **Justiz:** Die EU-Kommission bewertet in ihrer Analyse die Unabhängigkeit der Justiz, aber auch Effizienz und Qualität der Justizverwaltung. So wird für Deutschland angemerkt, dass die Fortführung des Pakts für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern noch nicht ausreichend mit konkreten Maßnahmen unterlegt sei. Für Spanien wird der Hinweis auf eine notwendige Reform bei der Berufung der Richter für das Oberste Gericht wiederholt. Polen und Ungarn werden Fortschritte bescheinigt. Doch bleiben ernste Bedenken, etwa mit Blick auf die Unabhängigkeit des Landesjustizrats in Polen oder bei der Zuweisung von Verfahren an Gerichten der unteren Instanz in Ungarn.

▶ **Korruptionsbekämpfung:** Im Mai hatte die EU-Kommission einen *Vorschlag* zum entschiedeneren Kampf gegen Korruption präsentiert. Auch mehrere Mitgliedstaaten hätten ihre Anstrengungen gegen Korruption und für mehr Transparenz verstärkt, notiert die EU-Kommission in ihrem Bericht. Doch wird zu weiteren Anstrengungen aufgerufen. So wird etwa in Deutschland ein sogenannter legislativer Fußabdruck zum Einfluss von Interessenverbänden auf Gesetzgebungsverfahren vermisst. Auch eine Reform der Parteienfinanzierung stehe aus.

▶ **Medienfreiheit und -pluralität:** Die EU-Kommission hatte im vergangenen Jahr einen Vorschlag für ein *Medienfreiheitsge-*

*setz* vorgelegt. Eines der Ziele: mehr Transparenz bei der Offenlegung der Eigentümerstruktur von Medienhäusern. Auch hier sieht die EU-Kommission erste Fortschritte. Doch ruft sie zu weiteren Anstrengungen auf, auch beim Schutz von Journalistinnen und Journalisten. So sei es auch in den Pandemie-Jahren in Deutschland am Rand von Demonstrationen zu Gewalt gegen Berichterstattende gekommen.

▶ **Institutionelles Gleichgewicht:** „Rechtsstaatlichkeit ist ein zentrales Element einer gerechten Gesellschaft, der politischen Stabilität und des Wirtschaftswachstums in Europa“, führte Jourová aus. Dazu gehört auch ein kontrollierendes Miteinander zwischen den Institutionen und der Zivilgesellschaft. So wird in Deutschland eine rechtliche Klarstellung über die Steuervorteile für gemeinnützige Organisationen vermisst.

### ZENTRALES ANLIEGEN

Der jährliche Rechtsstaatsbericht ergänzt weitere Mittel der EU-Kommission zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit wie Vertragsverletzungsverfahren, das Verfahren nach Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union oder den 2021 eingeführten Konditionalitäts-Mechanismus bei rechtsstaatlichen Verstößen zu Lasten des EU-Haushalts. So werden Fördermittel für Polen und Ungarn bis zur Umsetzung entsprechender Reformen zurückgehalten. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte im vergangenen Jahr in ihrer Rede zur Lage der Union die Bedeutung des Rechtsstaats für den inneren Zusammenhalt der EU betont und erklärt: „Es ist die Pflicht und die vornehmste Aufgabe meiner Kommission, die Rechtsstaatlichkeit zu schützen.“ (pr)

*Rechtsstaatsbericht*

## ■ UNTERSTÜTZUNG

## Von der Leyen begrüßt Sicherheitszusagen für die Ukraine

Die EU baut ihre Hilfe für die Ukraine weiter aus. EU-Staaten und Europäisches Parlament billigten eine Initiative der EU-Kommission zur Ausweitung der Munitionsherstellung, den [Act in Support of Ammunition Production \(ASAP\)](#). Mit den zugesagten 500 Millionen Euro wird die Produktion von Munition, Flugkörpern und wichtigen Bauteilen ausgebaut, um die Bestände in der EU aufzufüllen und die Ukraine im Kampf gegen Russland zu stärken. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte: „Dies wird die Lieferung von Munition an die Ukraine in dieser entscheidenden Phase des Krieges beschleunigen.“



© European Union, 2023

Zugleich begrüßte von der Leyen beim NATO-Gipfel in Litauens Hauptstadt Vilnius die Zusage der G7-Staaten für die langfristige Sicherheit der Ukraine. Die Präsidentin versicherte: „Die EU wird dabei ein wichtiger Partner sein.“ EU und Mitgliedstaaten hatten sich vor dem Treffen in Vilnius zu ihrem Einsatz für die Ukraine bekannt. In den [Schlussfolgerungen](#) des Europäischen Rates vom 29. und 30. Juni heißt es, EU und Mitgliedstaaten, „sind bereit, sich zusammen mit Partnern an künftigen Sicherheitszusagen für die Ukraine zu beteiligen, die der Ukraine helfen sollen, sich langfristig selbst zu verteidigen“.

Eine Zwischenbilanz der Unterstützung der EU für die Ukraine in 5 Zahlen:

**24.000** Soldatinnen und Soldaten aus der Ukraine sind bislang in den Mitgliedstaaten der EU ausgebildet worden. Bis zum Jahresende wird ihre Zahl auf 30.000 anwachsen. In Deutschland werden die ukrainischen Armeemitglieder unter anderem an den Stützpunkten Munster und Bergen in Niedersachsen, Kliest in Sachsen-Anhalt sowie Putlos in Mecklenburg-Vorpommern trainiert.

**12 Milliarden Euro** stellt die EU in der [Europäischen Friedensfazilität \(EFF\)](#) bereit. Aus den Mitteln werden unter anderem Militärhilfen für die Ukraine finanziert. Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik betonte, die Einrichtung „hat sich in weniger als zwei Jahren bereits bewährt. Durch sie hat sich die Art und Weise, wie wir unsere Partner im Verteidigungsbereich unterstützen, grundlegend verändert. Sie stärkt die EU und ihre Partner.“

**18 Milliarden Euro** insgesamt stellt die EU-Kommission in diesem Jahr an Makrofinanzhilfen für die Ukraine bereit. Aus diesen Mitteln werden laufende Kosten wie unter anderem Löhne und Gehälter für Klinikpersonal und Lehrkräfte finanziert.

**50 Milliarden Euro** hat die EU-Kommission an Unterstützung für die Ukraine den Mitgliedstaaten für den Zeitraum von 2024 bis 2027 vorgeschlagen. Von der Leyen erklärte nach dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten: „Es ist an der Zeit, unsere Unterstützung für die Ukraine nochmal deutlich zu intensivieren.“

**4,02 Millionen** Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine genießen in der EU temporären Schutz, davon rund 1,1 Millionen Menschen in [Deutschland](#). Die Mitgliedstaaten hatten im Vorjahr eine EU-Regelung aktiviert, um den Geflüchteten temporären Schutz in der EU zu gewähren. Dadurch können die Kriegsflüchtlinge eine Arbeit aufnehmen und ihre Kinder die Schule besuchen.

**ZENTRUM ZUR AHNDUNG VON KRIEGSVERBRECHEN**  
Zugleich treibt die EU die völkerrechtliche Aufarbeitung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine voran. Im niederländischen Den Haag nahm im Juli das [Internationale Zentrum für die Verfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine](#) seine Arbeit auf. Es setzt sich aus nationalen Staatsanwälten zusammen, die Kriegsverbrechen in der Ukraine nachgehen. Die EU-Kommission hatte den Aufbau des Zentrums vorgeschlagen, da Russland kein Vertragsstaat des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag ist.

EU-Justizkommissar Didier Reynders erklärte: „Mit dem heutigen Start des internationalen Strafverfolgungszentrums bekräftigt die EU ihre Entschlossenheit, uneingeschränkte Rechenschaftspflicht für die während des Kriegs Russlands gegen die Ukraine begangenen internationalen Verbrechen zu gewährleisten.“ (pr)

[Unterstützung](#)

## Die Region Lausitz will sich enger mit Partnerregionen vernetzen

Europa macht sich auf den Weg. Nicht nur bildlich gesprochen. Anfang Juli schickte das Land Brandenburg einen Kulturzug auf die Reise von Lichtenberg im Berliner Osten über Cottbus/Chóśebuz in Brandenburg und Weißwasser im sächsischen Teil der Lausitz nach Węglińiec in Polen und zurück nach Cottbus.



### Lausitz prüft Bewerbung zur Kulturhauptstadt

Der Kulturzug verbindet seit 2016 Berlin mit Wrocław (Breslau) in Polen, damals Kulturhauptstadt Europas. Die Verbindung sollte kulturell Interessierte in beiden Regionen einander näher bringen. 2025 lädt Chemnitz in Sachsen als Kulturhauptstadt Europas ein. Die Region Lausitz prüft eine Bewerbung für die nächste Vergabe in den 30er-Jahren, wenn Deutschland wieder am Zug ist. Manja Schüle, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, erklärte: „Die Lausitz hat das Potenzial als Region des Wandels und an der Schnittstelle zwischen West- und Osteuropa Kulturhauptstadt Europas werden zu können.“

Gemeinsame Herausforderung Strukturwandel: Der Kulturzug bringt die Regionen Lausitz und Schlesien einander näher.

© MBI Infosource

Die Fahrt stand unter dem Motto: „Was uns verbindet – Regionen machen Europa“. Manja Schüle, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, sagt: „Kultur spielt in Zeiten der Transformation eine zentrale Rolle – weil sie Geschichten über Zugehörigkeit erzählt, weil sie Menschen zusammen und in Austausch bringt.“

### TRANSFORMATION ALS GEMEINSAME AUFGABE

Die Braunkohle-Region Lausitz steckt mitten im Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft. So wie die Partnerregionen Schlesien in Polen und Böhmen in der Republik Tschechien. Dabei verbinden die drei Regionen nicht nur die gegenwärtigen Herausforderungen, sondern auch eine gemeinsame Geschichte. Dazu reicht ein Blick nach Kleinwelka: Die Schwesternhäuser in dem Ort nahe Bautzen wurden 2023 von der EU-Kommission im Zuge des von Europa Nostra gesteuerten Programms in der Liste der am stärksten gefährdeten Kulturgüter aufgenommen. Dabei geht es nicht nur um ein einzigartiges Ensemble an Holzbauten der Herrnhuter-Gemeinde, sondern auch um gemeinsame Geschichte im Grenzland zwischen Deutschland, Polen und Tschechien. Schließlich kamen die Herrnhuter einst als Glaubensflüchtlinge aus Böhmen nach Kleinwelka.

Auch der Kulturzug bringt die Regionen einander näher. Uwe Koch, Kulturbeauftragter für die Lausitz des brandenburgischen Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, sagt: „Der Kulturzug bringt Menschen über Grenzen hinweg zusammen und eröffnet Möglichkeiten für Dialog und gemeinsame Perspektiven.“ So führt der einzige [Europäische Parkverbund](#) grenzüberschreitend Garten- und Parkkultur in Brandenburg, Sachsen und der Woiwodschaft Lubuskie in Polen zusammen. Die EU fördert das Vorhaben mit Mitteln aus dem INTERREG-Förderprogramm mit knapp 900.000 Euro. Mehr Kooperation ist immer möglich. Die Regionen Baden, Pfalz und Elsass haben dies gezeigt und

sich 2003 zum Zweckverband PAMINA (Pfalz, Mittlerer Oberrhein, Nord-Elsass) zusammengeschlossen, um gemeinsame Entwicklungspotenziale auszuloten. Im Kulturzug wurden in Workshops Bausteine für eine Modellregion im Grenzland zwischen Polen, Tschechien und Deutschland entwickelt. Schüle sagt: „Die Lausitz im Dreiländereck ist seit jeher geprägt von Vielfalt, Austausch und Wandel. Deshalb ist sie auch eine der spannendsten europäischen Kulturlandschaften.“

### BREITE FÖRDERUNG DER EU

Brandenburg und die Region Lausitz werden auf vielfache Weise von der EU-Kommission unterstützt. Aus dem Fonds für einen gerechten Übergang – [Just Transition Fund \(JTF\)](#) – erhält das Land rund 785 Millionen Euro, um eine klimaneutrale Wirtschaft aufzubauen. Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, hatte schon vor drei Jahren das Kraftwerk Schwarze Pumpe besucht, wo ein Batteriespeicher mit einer Leistung von 50 MW entwickelt wird, um Energie aus Wind und Sonne für Flauten vorzuhalten. Ferreira hatte damals erklärt: „Was mich bei meinem Besuch am stärksten beeindruckt hat, war der Geist der Partnerschaft in der Region.“ Zuletzt eröffnete das Unternehmen BASF im brandenburgischen Schwarzheide eine neue Anlage zur Produktion von Kathodenmaterial für Batterien zur Elektromobilität im Rahmen eines Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI). Zudem erhielt die Lausitz die Zusage für eine Förderung im Rahmen des EU-Programms EIT Culture & Creativity. Das Europäische Innovations- und Technologie-Institut (EIT) unterstützt rund um Cottbus zum Beispiel Lösungen zu Fragen der Nachhaltigkeit im Bereich Wohnen, des Industrie-Designs, der Filmwirtschaft sowie Museen und Theater. (pr)

[Strukturwandel](#)

## Europa in Zahlen

# 1,44

Kilometer lang ist der neue Unterwassertunnel, der die beiden Teile der Stadt Swinemünde (Świnoujście) auf den Inseln Usedom und Wollin verbindet. Die neue Verbindung verkürzt auch die Fahrtzeiten nach Stettin (Szczecin) auf wenige Minuten, da die lästige Überfahrt mit der Fähre entfällt. Damit erleichtert der Tunnel den Grenzverkehr zwischen Polen und Deutschland, eröffnet neue Perspektiven für das Wirtschaftswachstum, zieht Investitionen an und schafft neue Jobs in der Region.

Die EU hat den Bau der Verbindung im Finanzzeitraum 2014 bis 2020 mit 162,3 Millionen Euro unterstützt. Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, erklärte: „Seit 70 Jahren warten die Menschen in Swinemünde und Umgebung auf diesen Tunnel. Mit EU-Hilfe ist er nun endlich Wirklichkeit geworden.“

Neue Verbindung

## Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 17.07.2023 17.00–18.30 Uhr	„Stadt, Land, Europa?! Von lokalen Herausforderungen zu gemeinsamen Lösungen in Europa“ Bürgerdialog <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland	Online	www.europa-union.de/buergerdialog/europa-wir-muessen-reden/veranstaltungen/17072023-online-buergerdialog-stadt-land-europa
> 21.07.2023 17.00–18.30 Uhr	„Europe in the Neighbourhood – Let's talk beyond borders! Ukraine's path to EU membership“ Bürgerdialog <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland	Online	www.europa-union.de/buergerdialog/europa-wir-muessen-reden/veranstaltungen/210723-online-buergerdialog-1
> 30.07.–05.08.2023 10.00 Uhr	„Unboxing Y-Europe“ Seminar <b>Veranstalter:</b> Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46-48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/de-veranstaltung/30-07-2023/unboxing-y-europe
> 14.08.–17.08.2023 15.30 Uhr	„Summer Academy 2023. Wirtschaft – Klima – Zukunft und ich? Transformation gestalten!“ Seminar <b>Veranstalter:</b> Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46-48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/de-veranstaltung/14-08-2023/summer-academy
> 30.08.–01.09.2023 15.00 Uhr	„Connecting Cultures: Empowering Citizens“ Konferenz <b>Veranstalter:</b> Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46-48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/de-veranstaltung/30-08-2023/connecting-cultures-empowering-citizens
> 05.09.2023 19.30–21.30 Uhr	„Hessens lebendige Regionalpartnerschaften“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Wiesbaden, Presseclub Wiesbaden	Presseclub Wiesbaden Wilhelmstraße 19 65189 Wiesbaden	www.europatermine.de/europa-termine/termin/29025

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten\\_de >>](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

## IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2023

**Herausgeber:**

**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24  
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## Neue Angebote für Schulen – nicht nur rund um die Europawahl 2024

Die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament werden vom 6. bis 9. Juni 2024 abgehalten. In Deutschland wird am 9. Juni gewählt. Dabei sinkt das Wahlalter – erstmals bei einer Europawahl dürfen in Deutschland auch junge Menschen ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben. Die EU-Kommission hält viele Bildungsangebote rund um die Europäische Union bereit. **Europa macht Schule – eine Auswahl:**

▶ **Fabulous Council** heißt ein Online-Spiel für Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse, das die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland gemeinsam mit den 16 Bundesländern entwickelt hat. Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, sagt: „Wir möchten mit ‚Fabulous Council‘ veranschaulichen, wie Konsensfindung in einer Demokratie funktioniert und wie wichtig die Stimmabgabe bei der Europawahl 2024 ist.“ Das Online Game vermittelt eine spielerische Idee vom Wert des Kompromisses. Gespielt wird in Gruppen und im Klassenzimmer.

Die Schülerinnen und Schüler schlüpfen in dem Online Game in eine Fantasiewelt und in die Rollen der dortigen Bevölkerung. Alle haben ihre eigenen Interessen, können sie aber nicht rücksichtslos umsetzen, wenn sie das Spiel gewinnen wollen. So heißt es: Geben und Nehmen. Fast wie in der Politik. Nur geht es in Fabulous Council schneller als auf EU-Gipfeln. Eine Spielrunde dauert 30 Minuten. Zur Premiere in der „Schule am Tierpark“, einer Integrierten Gesamtschule in Berlin-Lichtenberg, kam auch ein Team des ZDF. Zum Online Game geht es [hier](#).

▶ **Fakt oder Fake** lautet der Titel einer Reihe von Spielen für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I rund um den Umgang der EU mit Desinformation und Hassrede im Netz und in den Sozialen Medien. Ein Bingo-Spiel bietet einen leichten Einstieg ins Themenfeld EU. In einem Pub-Quiz lässt sich zudem das Wissen rund die Geschichte der Europäischen Union auffrischen. Über Planspiele erfahren Schülerinnen und Schüler, wie sie mit Fake News, Filterblasen und Hass im Netz umgehen können. Die Teilnehmenden schlüpfen in die Rollen von Europa-Politikerinnen und -Politikern oder Nachrichtenredakteurinnen und -redakteuren und trainieren so den bewussten Umgang mit Nachrichten. Erste Online-Einführungen für Lehrkräfte an Schulen und Trainer:innen in der politischen Bildung finden am 26. Juli und 30. August statt. Anmeldung online unter [dieser](#) Adresse.

▶ **Online-Lernecke** ist eine Website der EU für Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 bis 12/13, auf der sich spie-



Mareen Hirschnitz von der Vertretung der EU-Kommission spielt mit Schülerinnen und Schülern der Schule am Tierpark in Berlin-Lichtenberg das Online Game „Fabulous Council“ zu Demokratie.

© Dirk Lässig

lerisch mehr über Europa erfahren lässt. Lehrkräfte finden dort Lernmaterialien vom Zukunftsentwurf *Europa 2050* über das neue *Gesetz über digitale Dienste*, das zum Beispiel den Umgang großer Plattformen wie Google, Facebook & Co. mit Fake News regelt, bis hin zum *Quiz über den Europäischen Binnenmarkt*. Zur Lernecke geht's [hier](#).

▶ **Back to School** heißt ein Projekt, bei der EU-Bedienstete ihre ehemalige Schule oder eine andere Bildungsstätte besuchen. Das Programm findet nicht nur rund um den bundesweiten EU-Schulprojekttag statt, sondern ganzjährig. Im Vorfeld der Europawahl 2024 bietet das eine Gelegenheit zur Debatte über die Innen- und Außensicht auf die EU sowie zu europäischen Karrierewegen. Weitere Hinweise gibt es [hier](#).

▶ Im Europäischen Haus am Brandenburger Tor am Pariser Platz in Berlin (Unter den Linden 78) hält **Erlebnis Europa** vielfältige Anregungen rund um die EU bereit. So bietet ein 360-Grad-Kino einen direkten Einblick ins Europäische Parlament, ein Planspiel vermittelt die Perspektive von Europaabgeordneten oder Mitgliedern der EU-Kommission. Kontakt [hier](#)

▶ **Materialien für den Unterricht im Klassensatz** – von Pionierinnen und Pionieren der Europäischen Integration bis zu einem kurzen Leitfaden der EU – lassen sich [hier](#) bestellen. (pr)

[Unsere Bildungsangebote im Überblick](#)